

Der lokale Staat als Akteur im Feld kreativer Nischenökonomien

HANS-JOACHIM BÜRKNER

1 Politik und kulturelle Nischenökonomien: Merkmale einer unsteten Beziehung

Es ist nicht zu übersehen: Lokale kreative Ökonomien können sich nur selten im Glanz offizieller staatlicher Förderung und arrivierter Zur-schaustellung sonnen. Den Mainstream-Segmenten der anerkannten Hochkultur sowie der kommerziellen Popkultur steht eine Vielzahl heterogener Akteure der alternativen Kulturproduktion gegenüber. Diese Akteure besetzen als Culturepreneurs bzw. kulturelle Unternehmer meist ausgesprochene ökonomische Nischen (Lange 2007), und zwar abseits der etablierten globalen Kreativökonomien (vgl. Krätké 2002). Diese Nischen zeichnen sich durch schmale Marktsegmente, eine hoch spezialisierte Nachfrage, geringe Profitorientierung der Unternehmen, geringe Kostendeckung und prekäre Arbeitsverhältnisse aus.

Waren derartige Nischen noch vor wenigen Jahrzehnten gut überschaubar, so ist in neuerer Zeit aufgrund von Globalisierungsprozessen Bewegung in die jeweiligen Szenerien gekommen. Den etablierten Akteuren setzen leere öffentliche Kassen und neue Konkurrenzen aus den „Billiglohnländern“ des Hochkultur-Business zu. Ein scharfer Wettbewerb um schwindende materielle Ressourcen und Arbeitsplätze erzwingt häufig Strategien der zusätzlichen Existenzsicherung, die bis in ökonomische Nischen hinein reichen können. Die „alternativen“ Akteure erschließen aufgrund der globalen Hybridisierung des Konsumentengeschmacks sowie der beschleunigten Kommerzialisierung vormals regio-

nal erstellter und vermarkteter Kulturprodukte zwar immer wieder neue Nischen, die Originalität und Exklusivität versprechen; zugleich werden jedoch die Produktionsbedingungen innerhalb dieser Nischen nicht zuletzt aufgrund stark verringelter staatlicher Förderung immer prekärer.

Neu ist auch die zunehmende politische Aufmerksamkeit, die diese Nischen derzeit erfahren. Lange Zeit hatten sie ein wenig beachtetes Eigenleben geführt. Sie wurden meist nur dann sichtbar, wenn sie massenmedial verwertbare Produkte hervorbrachten. Erste zaghafte Versuche der Annäherung an die neuen urbanen Szenerien der kulturellen Nischenproduktion (z. B. der elektronischen Popmusik) sind von stadtpolitischer und staatlicher Seite überwiegend zu Beginn dieses Jahrtausends zu verzeichnen gewesen – eine ganze Dekade, nachdem die betreffenden städtischen Subkulturen bereits intensiv an der Ausgestaltung und Weiterentwicklung „ihrer“ Nischen gearbeitet hatten. Schlagworte wie „neue Steuerungsformen“ und „Governance“, die in diesem Zusammenhang fallen, deuten bereits an, dass es hier selten um rein administrative oder planerische Aufgaben geht. Vielmehr scheinen neue öffentliche Umgangsweisen mit den jeweiligen Phänomenen provoziert zu werden – sei es, um mit dem hohen Tempo der soziokulturellen und ökonomischen Entwicklungsprozesse Schritt halten zu können, sei es auch nur, um der Fragilität und Flüchtigkeit der jeweils entstehenden Strukturen Rechnung zu tragen. Dabei geht es um Annäherungen, Verständigungen und Aushandlungsformen zwischen teilweise antagonistischen Denkweisen und Handlungsformen. Der kulturellen Definitions- und Gestaltungsmacht des Staates steht dabei die gegenkulturelle Praxis des Untergrunds ebenso gegenüber wie die Logik der Wertzuweisung profitorientierter Marktproduktion. Ausgesprochen spannend in diesen Annäherungsprozessen ist der Umstand, dass es zu gemischten Akteursstrukturen zwischen Staat und Zivilgesellschaft kommt.

Im Folgenden werden die Herausforderungen für Politik und Governance, die von der Entwicklung städtischer Nischenökonomien ausgehen, am Fall älterer, im Globalisierungsprozess unter Druck geratener, kulturökonomischer Nischen exemplarisch betrachtet. Dabei wird zunächst grundsätzlich nach dem Verhältnis von Staat, Stadtpolitik und Nischenökonomien gefragt, bevor die besondere Frage nach den darin enthaltenen sozialräumlichen Komponenten aufgeworfen wird, die durch die sozialwissenschaftliche Raumforschung vermehrt thematisiert werden. Am Fall der Produktionsbedingungen für die Bereiche Neue Musik und Jazz und ihrer Thematisierung durch die Stadtpolitik in Berlin werden dann grundlegende Kommunikationsprobleme und Schwierigkeiten der Entstehung subkulturadäquater Steuerungsstrukturen auf-

gezeigt. Abschließend werden Optionen kontextbezogener Steuerungsformen rund um das Phänomen kulturökonomischer Nischen skizziert.

2 Das Beziehungsfeld zwischen Staat, Stadt und Nischenökonomien

Wenn von mehrseitigen Beziehungsgeflechten zwischen Staat, Stadtpolitik und kulturellen Nischenökonomien die Rede ist, so muss berücksichtigt werden, dass in den Kommunikationsprozessen sehr unterschiedliche, strukturell verankerte Sichtweisen und Interessen zum Ausdruck kommen. Aufgrund der Heterogenität der strukturellen und sozialen Kontexte, denen die Akteure zugeordnet sind, sind in der Kommunikation jeweils „Übersetzungshilfen“ erforderlich.

Strukturell bedingte Interessendifferenzen leiten sich einerseits aus den Aufgaben und institutionellen Selbstverständnissen staatlicher und stadtpolitischer Organisationen her, andererseits aber auch aus den ökonomischen Strukturen und der sozialen Organisation der Kreativwirtschaft. An dieser Stelle ist eine begriffliche Unterscheidung in „Staat“ und „Stadtpolitik“ notwendig, um die Akteursdimension der diskutierten Steuerungsformen hinreichend präzise entfalten zu können. Obwohl in der angloamerikanischen Stadtliteratur traditionell vom „lokalen Staat“ die Rede ist, wenn lokale Politik und Administration gemeint sind (Cockburn 1977), reicht dies im Kontext kultureller Nischenökonomien zur Akteursbeschreibung nicht aus.

Stadtpolitische Akteure erfüllen hier nicht nur „Regierungsaufgaben“, sondern kommen auch als Partner bei der Ausgestaltung struktureller Rahmenbedingungen für die Entwicklung lokaler kulturökonomischer Nischen ins Spiel – etwa als Mitglieder intermediärer Organisationen wie z. B. privater Kulturinitiativen, Förderkreise usw. Demgegenüber sind staatliche Organisationen eher mit der Gestaltung allgemeiner Rahmenbedingungen befasst, die entweder indirekt (z. B. über die Verursachung von Sparzwängen für die Kommunen) oder direkt (z. B. über die fokussierte Bereitstellung von Fördermitteln für kulturelle Zwecke) auf die in Frage stehenden Nischen und die Handlungsspielräume ihrer Akteure einwirken.

Stadtpolitik und städtische Administrationen haben ihr Verhältnis zu Stadtökonomie und -kultur in der Vergangenheit hauptsächlich entlang sektoraler Grenzziehungen definiert. Dies kommt nicht nur in den traditionellen Zuständigkeiten der Ressorts (Wirtschaft, Kultur, Soziales, Gesundheit usw.) zum Ausdruck. Es äußert sich auch in den enormen Schwierigkeiten politischer Akteure bei dem Versuch, den hybriden

Charakter kultureller Nischenökonomien zu verstehen – irgendwo zwischen originärer Erfindung, materieller Produktion, kulturellem Ereignis, spezifischen Formen des Sozialen und öffentlich sichtbaren politischen Implikationen der jeweiligen kulturellen Artefakte. So nehmen diese Nischen beispielsweise häufig den Charakter sozialer Ökonomien an, d. h. sie erfüllen über die ökonomische Funktion hinaus soziale und kulturelle Funktionen, die an lokale Kontexte, soziale Netzwerke, Szenen und Milieus gebunden sind. Diese besondere Beschaffenheit ökonomischer Nischen befindet sich nur teilweise im Blickfeld staatlicher Akteure. Abgesehen davon, dass es zum Problem der Hybridität dieser Nischen bislang nur wenige wissenschaftliche Erkenntnisse gibt, ist auch der einschlägige Informationsstand in den lokalen Öffentlichkeiten gering. Selbst kompetente Kulturpolitiker werden daher dazu verleitet, aus der vermeintlich geringen Wertschöpfung innerhalb der Kulturproduktion auf eine geringe Relevanz der jeweiligen Nischen für die Stadtentwicklung zu schließen.

Die sektorale Perspektive auf kreative Nischenökonomien beeinflusst auch die Frage nach geeigneten städtischen Steuerungsformen. Diese werden nämlich tendenziell an der Dimension „Hierarchie“ orientiert. Vorsichtige bis neugierige Kontaktaufnahmen von Politik, Verwaltung, Planung und Wirtschaftsförderung mit kulturökonomischen Nischen folgen daher zunächst bewährten Verwaltungsroutinen und Repräsentationslogiken. Im Vordergrund stehen Fragen wie: Welchen imagepolitischen Gewinn erhält die Stadt durch diese Ökonomien? Müssen sie gefördert werden, um einen entsprechenden politischen Mehrwert zu produzieren? Wie viel Geld kosten geeignete Fördermaßnahmen? Treten die Akteure als anspruchsvolle Antragsteller in Erscheinung, und wenn ja, wie häufig? Treten sie darüber hinaus als Lobbyisten und *pressure groups* auf, die Politik, Planung und Verwaltung unter Legitimierungsdruck setzen? Produzieren sie Kosten, indem sie auf der einen Seite bestimmte Stadtentwicklungsprozesse forcieren (z. B. den sozialräumlichen Umbruch von Szenequartieren), auf der anderen Seite Entwicklungen blockieren (z. B. städtebaulichen Aufwertungsprozessen im Wege stehen)? Unter dem Eindruck derartiger, strukturell und institutionell vorgeformter Fokussierungen entwickeln sich neue Steuerungsformen, die stärker auf interdisziplinären Netzwerken und marktnahen Kommunikationsformen basieren, eher zögerlich. Sie stellen insbesondere für die Akteure aus städtischer Politik und Verwaltung ausgesprochene Experimentierfelder dar, deren politische Relevanz angesichts der wechselnden Gesprächspartner und der flüchtigen Entwicklungen auf Seiten der beteiligten Subkulturen und „ihrer“ Nischen immer wieder leicht in Frage gestellt werden kann. Genau hier scheinen sich die bislang größ-

ten Divergenzen bei der Ausgestaltung lokaler Governance-Formen und -prozesse aufzutun. Der von der Politik entwickelte utilitaristische Anspruch auf die Formulierung neuer stadtpolitischer Aktivposten und Image-Zugewinne einer Stadt kollidiert zwangsläufig mit einer auf die Ermöglichung kreativer Erfindungsprozesse und der materiellen Existenzsicherung ausgerichteten Interessenlage der Nischenakteure.

3 Kreative Nischenökonomien aus der Sicht einer sozialwissenschaftlichen Raumforschung

Jüngere sozialgeographische Perspektiven auf die Milieus und Szenen der Wissensökonomie und der Kreativwirtschaft haben die sozialräumlichen Aspekte einer Stadtentwicklung thematisiert, die durch subkulturelle Ausdifferenzierungsprozesse zunehmend beeinflusst wird. Dabei sind zum einen Fragen der sozialen Konstruktion von Raum (auch physisch konnotierter städtischer Räume) samt der symbolischen Orientierungsfunktionen von Räumen und Orten für die jeweiligen Milieus behandelt worden (Bürkner 2004; Conell/Gibson 2003; Lange 2006; Lange 2007), zum anderen Probleme der gesamtstädtischen und stadtteilbezogenen Steuerung von Branchenentwicklungen, milieuspezifischen Infrastrukturen und Freizeitgelegenheiten, Kommunikationsorten usw. (Scharenberg/Bader 2005; Mager 2007). In Bezug auf die hier zur Debatte stehenden Nischenökonomien können mit einer raumbezogenen Forschungsperspektive zwei Fragenkomplexe bearbeitet werden, zu denen derzeit erheblicher Erkenntnisbedarf besteht: 1. die Frage nach den strukturellen Ausdifferenzierungsprozessen städtischer Nischenökonomien und 2. die Frage nach den Raumkonstrukten und Raumbezügen, die von staatlichen bzw. stadtpolitischen Akteuren einerseits und privatwirtschaftlichen Nischenakteuren andererseits formuliert werden.

1. Zur Frage der Strukturierung kreativer Nischenökonomien in urbanen Kontexten: Nischenökonomien, so lautet die Basisvermutung, sind auf die Existenz von Szenen und Milieus angewiesen, die einerseits kreative Prozesse anstoßen bzw. mittragen und andererseits als Konsumenten für die jeweiligen Produkte fungieren. Besonders augenfällig ist dies in Szenen der alternativen Musikproduktion, die sich von kommerzieller Massenproduktion scharf abgrenzen und „ihre“ Kreativunternehmer unterstützen, indem sie deren Produkte durch den Besuch von Clubs und Festivals, den Kauf von Tonträgern auf alternativen Labels und im Internet usw. gezielt nachfragen. Diese Szenen und Milieus können zwar

im Prinzip ausschließlich auf der Basis sozialer Beziehungen bestehen und ohne räumliche Kontexte auskommen – in der Praxis gibt es jedoch ausgesprochene „Raumanker“ in Form von Szenevierteln, zentralen Clubs, Veranstaltungsorten mit Symbolcharakter usw. Art und Prozeduren der Wertschöpfung – von der kreativen Idee, der Erfindung, der Erstellung eines handelbaren Produkts oder einer Dienstleistung bis hin zur Vermarktung des Produkts – sind vermutlich nicht nur an die jeweiligen Szenen bzw. Milieus (verstanden als Gemeinschaften mit besonders hoher Binnenkommunikation), sondern auch an deren Raumkonstrukte gebunden. In die Struktur einer Nischenökonomie sind daher Raumkonstrukte vermutlich bereits derart eingeschrieben, dass sie bei der Formulierung ökonomisch begründeter Interessen und Handlungsentwürfe seitens der Nischenakteure jeweils an zentraler Stelle zum Tragen kommen. Besonders deutlich wird dies an ökonomischen Arrangements, die an symbolische Orte wie Clubs, Galerien usw. gebunden sind.

2. Zur Frage der Divergenz bzw. Kongruenz von Raumkonstrukten in Governance-Prozessen: Stimmt die Vermutung, dass die kreativen Nischenökonomien auch von ihren Raumbezügen her als wertschöpfende „Verlängerung“ oder Konkretisierung milieubezogener „Produkt“-Ideen angelegt sind, so liegt es nahe, den Akteuren eine spezifische Perspektive auf städtische Kontexte zu unterstellen: Diese Kontexte stellen für sie dann sozialräumliche Folien dar, auf denen sie ihren Ideen jeweils einen bestimmten unverwechselbaren Ausdruck geben können. Die Folien können in ihrer jeweiligen Textur die Logik der gesamten Kulturproduktion beeinflussen. So waren z. B. Clubs in Abrissgebäuden phasenweise für die lokale Indie-Szene¹ in Berlin unverzichtbarer ökonomischer und räumlicher Bestandteil der Musikproduktion. Wegen ihrer Integration in eine spezifische Produktionslogik (inklusive materieller Wertschöpfungsketten) waren diese Raumkonstrukte für die Szene-Akteure nicht verhandelbar oder willkürlich für externe Interessen veränderbar. Sie stellten somit eigenlogische Ausdifferenzierungen künstlerischer Ideen und ihrer materiellen wie auch symbolischen Repräsentationen in bestimmten Produkten dar. Eine Kommunikation mit politischen Akteuren, die in den Raumkonstrukten lediglich den Ausdruck einer marginalen Subkultur ohne größeren stadt kulturellen oder entwicklungspolitischen Wert sehen (so, wie dies noch in den 1990er Jahren oft der Fall war), ist unter diesen Umständen mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden.

1 Produktions- und Konsumentenszene rund um unabhängige kleine Tonträgerfirmen (engl. independent label).

Theoretische Ansätze, die die Spezifik der Entstehung von kreativen Nischenökonomien und ihrer Raumbezüge zu erklären und interpretieren helfen, wären überwiegend aus folgenden Basisbereichen zu beziehen:

- aus Milieuansätzen, die die soziale Konstruktion von Raum theoretisch als integralen Bestandteil der Formierung subkultureller Szenen und darin eingebetteter Kulturproduktion fassen können (Matthiesen 1998; Schulze 1994);
- aus Netzwerkansätzen, die die Verknüpfung der Akteure der Musikproduktion auf unterschiedlichen Handlungsebenen sowie deren lokale Verankerung in Szenen erklären („networks of musical creativity“, Leyshon 2001: 62);
- aus institutionentheoretischen Überlegungen, die die Formierung von Szenen, die soziale Bewertung kultureller Güter und die Routinisierung des Umgangs mit diesen Gütern zu erklären helfen; hier ist vor allem an Herleitungen aus Ansätzen gedacht, die die Entstehung informeller Institutionen thematisieren (aus der Sicht der Institutionenökonomik: North 1992; aus der Sicht des politischen Institutionalismus: Lauth/Liebert 1999);
- aus Governance-Ansätzen, die es erlauben, die Konfrontation von gruppenspezifischen Raumkonstrukten und zurechenbaren Interessen zu thematisieren (Mayntz 2004; Healey 2004). Hierbei wäre vor allem die Frage zu stellen, inwieweit bestehende Machtgefälle (z. B. aufgrund der Verfügbarkeit/Nicht-Verfügbarkeit materieller Ressourcen) partizipationsorientierte Aushandlungsprozesse erschweren und insbesondere die Handlungsspielräume der Nischen-Akteure einschränken.

4 Steuerungsparadoxa und systematische Missverständnisse: empirische Fingerzeige

Am Beispiel der Stadt Berlin kann nicht nur die politische Ambivalenz der Entstehung kreativökonomischer Nischen, sondern auch die soeben angesprochene Divergenz von Raumkonstrukten in der Kommunikation zwischen politischen Akteuren und Szene-Akteuren sehr klar aufgezeigt werden. Zunächst ist zu konstatieren, dass sich die Stadt, die von ihrer politischen Führung derzeit als heimliche Kulturhauptstadt Europas vermarktet wird, lange Zeit durch eine geringe politische Beachtung der kulturellen Nischen auszeichnete, die in den 1980er und 1990er Jahren entstanden waren. Obwohl Entwicklungen wie die Herausbildung einer europaweit einzigartigen lokalen Jazzszene, einer global tonangebenden Szene der elektronischen Popmusik sowie weiterer subkultureller „Kno-

tenpunkte“ jeweils erhebliche Attraktivitätsfaktoren für Kulturschaffende, Unternehmen, Touristen und Kulturkonsumenten darstellten, war die politische Antwort auf derartige Entwicklungen bis zum Beginn des 3. Jahrtausends sehr zurückhaltend. Teilweise beruhte dies auf einem erheblichen Unwissen der Entscheidungsträger über die Binnenstrukturen und -prozesse der beteiligten Szenen, teilweise auch auf einer traditionell an der Förderung der etablierten Hochkultur ausgerichteten Kulturpolitik. Besonders im Rahmen der vom Berliner Senat seit Mitte der 1990er Jahre verfolgten rigiden Sparpolitik gingen die Anteile der Förderung so genannter freier Gruppen (d. h. von kulturellen Akteuren außerhalb der anerkannten Sparten des Theaters, der Oper, des Balletts und der Konzertmusik) an der Gesamtförderung stark zurück.

Anhand eines empirischen Streiflichts soll die Grundproblematik im Folgenden kurz erläutert werden, ohne den Anspruch auf Verallgemeinerungsfähigkeit der Befunde zu erheben. Vielmehr sollen divergierende Verständnisse kreativer Nischenproduktion durch Politik, Kulturschaffende und Intermediäre skizziert, Schnittstellen und Brüche der Kommunikation benannt und erste Thesen zur „Mechanik“ von Governanceprozessen rund um Nischenökonomien formuliert werden. Empirische Grundlage ist die Auswertung einer teilnehmenden Beobachtung einer Podiumsdiskussion zum Thema „Neue Musik und Jazz“ von kulturpolitisch engagierten Vertretern politischer Parteien, Musikproduzierenden in den Bereichen Jazz und Neue Musik sowie Intermediären (Veranstaltern, Initiativgruppen bzw. Netzwerken), die im Sommer 2008 in Berlin stattfand. Als Hauptproblem wurde von allen Beteiligten die mangelnde öffentliche Wahrnehmung der einzelnen Bereiche der nichtkommerziellen Musikproduktion herausgestellt. Sie wurde auf folgende Ursachen zurückgeführt:

1. An kreativen Nischenökonomien, speziell an der Hervorbringung improvisierter Musik, besteht kein größeres wirtschaftspolitisches Interesse. Förderer und Investoren sind kaum mit monetären Profitaussichten, sondern lediglich mit Imagegewinnen im Rahmen eines eher traditionellen Mäzenatentums zu gewinnen. Die öffentliche Förderung orientiert sich aufgrund der Durchsetzung der Prinzipien quasi-unternehmerischer Stadtpolitik an ähnlichen Kriterien. Dort, wo kein großes Publikum erreichbar ist und kommerzielle Gewinne zu erzielen sind, verspricht sich die Stadtpolitik auch nur wenig Imagegewinn. Auch die mangelnde Aussicht auf eine private Kofinanzierung von Projekten und Veranstaltungen hält die Stadtpolitik von einem Engagement in diesen Bereichen ab.

2. Von der Politik wird die Vernachlässigung „freier“ Szenen auch mit dem Argument verteidigt, es habe wenig Sinn, flüchtigen Szenerien

und Subkulturen allzu viel Aufmerksamkeit zu schenken, weil man nie wisse, ob sich tragfähige Strukturen entwickelten und ob man auf der politischen Seite für ein förderndes Engagement auch tatsächlich etwas bekomme. Musiker und Intermediäre pochen dagegen auf kulturellen Minderheitenschutz und auf die Ausgleichsfunktion des Staates, der ein offensichtliches Marktversagen kompensieren solle.

3. Ebenfalls von der Politik kommt das – nicht ganz uneigennützige – Argument, dass mit einer staatlichen oder kommunalen Förderung subkultureller Akteure und ihrer Umgebungen genau das zerstört werde, was eigentlich das Wesen der kreativen Nischen ausmache: nämlich spontane Verlagerungen von Szenerien; die Entstehung passender sozialräumlicher Einbettungsformen in einzelnen Stadtquartieren, die meist im Windschatten ökonomischer Inwertsetzung liegen, niedrige Mieten und leerstehende Gebäude zur Zwischennutzung aufweisen usw. Für die Politik böten sich unter derartigen Bedingungen kaum Anhaltspunkte für fördernde Maßnahmen im Sinne eines soziokulturellen und zugleich städtebaulichen Bestandsschutzes.

4. Von den Musikproduzenten und Intermediären wird beklagt, dass die Zahl der Orte, auf die die Produktion improvisierter Musik angewiesen ist (z. B. für Proben, Aufführungen, Projekte, Musikertreffpunkte) in den vergangenen Jahren aufgrund ausgebliebener Förderung stark zurückgegangen ist. In diesem Zusammenhang werden Versuche der freien Musikszene, Kommunikations- und Aufführungszentren zu schaffen, um stabile Anlaufpunkte für Musiker, Produzenten und Veranstalter zu bekommen, von der Politik kaum verstanden, in Einzelfällen in der Öffentlichkeit sogar ironisch kommentiert.

5. Von der Politik wird den „freien“ Akteuren ans Herz gelegt, sich zu Interessengruppen und Netzwerken zusammenzuschließen. Splittergruppen könnten von der Politik nicht Ernst genommen werden. Genau dies wird von den Betroffenen jedoch als Borniertheit der politisch Mächtigen und als Ignoranz gegenüber den schwierigen Produktionsbedingungen verstanden. Diese ließen für Lobbyarbeit oder politisches Engagement weder Zeit noch Energie übrig.

5 Steuerungsperspektiven: zwischen direktiver Steuerung und Kontextsteuerung

Am geschilderten Fall wird deutlich, dass Stadtpolitik und Governance gegenüber kreativökonomischen Nischen leicht einen Gestus der Ignoranz entwickeln können, der aus einer Mischung unterschiedlicher Dispositionen gebildet wird: von der Unkenntnis der ökonomischen und so-

ziokulturellen Basisprozesse, von der Orientierung auf repräsentations-taugliche Großprojekte und -strukturen hin, vom Ziel der neo-liberalen Inwertsetzung vermeintlicher Aktivposten der „Hochkultur“ für eine „wettbewerbsfähige“ Stadtpolitik und von einer traditionellen Gering-schätzung angeblich schwer zu konsumierender Minderheitengenres. Dies hat Konsequenzen für die Ausgestaltung der Interaktionsprozesse, aber auch für die Steuerungsperspektiven, die in Bezug auf diese Öko-nomien entwickelt werden. Hierzu können zunächst nur vorläufige The-sen formuliert werden, die in späteren empirischen Untersuchungen auf ihre Gültigkeit hin überprüft werden müssen:

1. Es gibt zunächst keine „natürlichen“ Anknüpfungspunkte zwischen der Politik und den Akteuren der kreativen Nischen. Kommunikations-gelegenheiten, die sich im Zuge der jeweiligen professionellen Tätigkei-ten ergeben würden, sind rar. Interaktionen zwischen Politik, Verwal-tung und Szene-Akteuren müssen eigens aus bestimmten Anlässen her-beigeführt werden.
2. Relevante Anlässe kommen in der Regel in zwei Handlungszusam-menhängen zustande: 1. in einem fest definierten formellen Rahmen, z. B. anlässlich der Bewerbung von Kulturschaffenden und Intermediä-ren um staatliche bzw. kommunale Fördermittel, 2. im Kontext von lo-kalen Aushandlungsprozessen unter dem Eindruck von existentiellen Krisen, z. B. runden Tischen zur lokalen Kulturpolitik oder eigens initi-ierten öffentlichen Diskussionen selbstorganisierter Gruppen von Kul-turschaffenden, die versuchen, als pressure groups tätig zu werden.
3. In Abhängigkeit von lokalen Kontexten und Diskurskulturen pendeln die Steuerungsperspektiven zwischen den Extremen „gezielte Integra-tion der Nischenökonomen in lokale Stadtentwicklung und globale Pro-dukitionsprozesse“ und „quasi-staatliche Planung für eine Vielzahl unter-schiedlicher Interessen“. Dabei stellt sich heraus, dass das Interesse der Akteure der Nischenökonomen an lebendigen Szenerien, subkulturellen Gelegenheiten der Interaktion von Produzenten, Kulturschaffenden und Konsumenten sowie spontanen, ungeplanten Entwicklungen tendenziell mit den repräsentationslogischen und imageorientierten Interessen staat-licher und stadtpolitischer Akteure an der Formulierung marktkonfor-mer, erfolgsorientierter Stadtpolitiken kollidiert. Zum einen sind die ökonomischen und sozialen Binnenstrukturen und -prozesse der Nischen nicht evident, d. h. sie müssen Außenstehenden erklärt und insbesondere im Hinblick auf ihre Fragilität und Prekarität begreiflich gemacht wer-den. Zum anderen sind politische Legitimierungsforderungen, die vom

lokalen Staat an die Nischen gerichtet werden, von deren Akteuren nicht ohne weiteres zu erfüllen, da sich diese Forderungen meist an den Maßstäben orientieren, die an Mainstream-Ökonomien und ihre gut etablierten Institutionen angelegt werden.

Da die gegenwärtige Praxis der politischen Kulturförderung sich nach wie vor auf einer direktiven Steuerung mit Hilfe traditioneller Förderinstrumente gründet, wären neue Wege der Vermittlung zwischen den genannten Extremen erforderlich. Besonders unter den Rahmenbedingungen einer ökonomistischen Stadtpolitik stehen und fallen derartige Bemühungen mit den Aussichten auf die Einführung adäquater informeller und formeller Institutionen. Adäquat wären diejenigen Institutionen, die den kreativökonomischen Nischen eine Art Bestandsschutz sowie eine Entlastung von unmittelbaren ökonomischen Erfolgswängen zusichern.

So wäre weniger die direkte Steuerung über die Förderung von Projekten als vielmehr die Unterstützung von einzelnen Akteuren und Netzwerken der kreativen Nischenökonomie unter Zusicherung der Entscheidungsautonomie über die Verwendung der Mittel zu erwägen. Auch die Pflege von „zentralen“ Orten, die diesen Nischen als soziale Ankerpunkte dienen, müsste institutionell abgesichert und darüber hinaus öffentlich kommuniziert werden. All dies wäre somit eine Sache einer Kontextförderung, die die Rahmenbedingungen dafür schafft, dass sich kreativökonomische Nischen ziel- und ergebnisoffen entwickeln können. Dabei können konkrete Orte eine zentrale Rolle spielen – nicht nur für die Entwicklung interessanter Projekte und Produktionsstrukturen, sondern auch für die symbolische Selbstvergewisserung und das Selbstbewusstsein der kreativen Akteure. Auch dem Anspruch der auf die Reduzierung von Machtgefällen in der Kommunikation mit politischen Akteuren sowie in der Ausgestaltung konkreter Governance-Prozesse könnte eine Kontextförderung wesentlich entgegenkommen.

Inwieweit derartige Entwicklungen für beide Seiten attraktiv sein und von ihnen als erfolgsträchtig angesehen werden können, muss sich noch erweisen. Besonders der Antagonismus von kommerzieller Renditeorientierung und dem Anspruch auf kulturelle Autonomie erfordert Governance-Prozesse, die offene Aushandlungsprozesse, soziale Experimente und neue Wege der Selbstorganisation ermöglichen. Im Sinne der Prinzipien einer kommunikativen Stadtplanung (Healey 2002) wäre allein die öffentliche Diskussion über kreative Nischenökonomien bereits ein wichtiger Schritt zu ihrer Würdigung und partizipativen Aufwertung. Für die sozialwissenschaftliche Raumforschung entsteht dadurch ein neues Betätigungsfeld – es gilt künftig, die sozialen, ökonomischen und sozialräumlichen Kontexte der Ausdifferenzierung der Ni-

schenökonomien behutsam zu erkunden sowie einschlägige Steuerungsprozesse auf ihre besondere Interaktionsdynamik hin zu analysieren.

Literatur

- Bürkner, Hans-Joachim (2004): „Lokale Wissensmilieus und Kompetenznetzwerke mit heterogenen Ortsbezügen – Herausforderungen für eine irritierte Stadtpolitik“. In: Matthiesen, Ulf (Hg.), Stadtregion und Wissen. Analysen und Plädoyers für eine wissensbasierte Stadtpolitik, Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, S. 159–169.
- Cockburn, Cynthia (1977): The Local State: Management of Cities and People, London: Pluto Press.
- Conell, John/Gibson, Chris (2002): Sound Tracks: Popular Music, Identity and Place. London, New York: Routledge.
- Healey, Patsy (2002): „On Creating the ‚City‘ as a Collective Resource“. In: Urban Studies 39, S. 1777–1792
- Healey, Patsy (2004): „Creativity and Urban Governance“. DISP 158, S. 11–20.
- Krätké, Stefan (2002): Medienstadt. Urbane Cluster und globale Zentren der Kulturproduktion, Opladen: Leske und Budrich.
- Lange, Bastian (2006): „Raumaneignungen und Vergemeinschaftungsformen von kulturellen Start-Up Unternehmern in Berlin“. In: Szope, Dominika (Hg.): Pragmatismus als Katalysator kulturellen Wandels. Erweiterungen der Handlungsmöglichkeiten durch liberale Utopien, Berlin: LIT-Verlag, S. 327–350.
- Lange, Bastian (2007): Die Räume der Kreativszenen. Culturepreneurs und ihre Orte in Berlin, Bielefeld: transcript Verlag.
- Lauth, Hans-Joachim/Liebert, Ulrike (1999): „Do Informal Institutions Matter? Informelle Institutionen in der interkulturell vergleichenden Partizipations- und Demokratisierungsforschung“. In: Lauth, Hans-Joachim/Liebert, Ulrike (Hg.), Im Schatten demokratischer Legitimität. Informelle Institutionen und politische Partizipation im interkulturellen Demokratievergleich, Opladen: Leske und Budrich, S. 11–36.
- Leyshon, Andrew (2001): „Time-space (and digital) compression: software formats, musical networks, and the reorganisation of the music industry“. In: Environment and Planning A, 33, S. 49–77.
- Mager, Christoph (2007): HipHop, Musik und die Artikulation von Geographie. Stuttgart: Franz Steiner Verlag (Sozialgeographische Bibliothek, 8).

- Matthiesen, Ulf (1998): Milieus in Transformationen. Positionen und Anschlüsse. In: Matthiesen, Ulf (Hg.), *Die Räume der Milieus*, Berlin: Edition Sigma, S. 17–79.
- Mayntz, Renate (2004): Governance Theory als fortentwickelte Steuerungstheorie? Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Working Paper 04/1 (www.mpi-fg-koeln.mpg.de, Zugriff am 19.7.05).
- North, Douglass C. (1992): Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung. Tübingen: Mohr (Die Einheit der Gesellschaftswissenschaften, 76).
- Scharenberg, Albert/Bader, Ingo (2005): *Der Sound der Stadt: Musikindustrie und Subkultur in Berlin*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Schulze, Gerhard (1994): „Milieu und Raum“. In: Noller, Peter/Prigge, Walther/Ronneberger, Karl (Hg.), *Stadt-Welt. Über die Globalisierung städtischer Milieus*, Frankfurt/Main: Campus Verlag, S. 41–53.

